



Amt der Burgenländischen Landesregierung		
Eingel. 24. OKT. 2019		
Zahl: LAD-GS/.....		
Vorakt	Bearbeiter	Bearbeiter

Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus  
und aktiver AntifaschistInnen, 7000 EISENSTADT, Permaystr. 2

An das  
Amt der Bgld. Landesregierung  
LAD – Hauptreferat Verfassungsdienst  
[REDACTED]

Europaplatz 1  
7000 Eisenstadt

**Ihre Zahl: LAD-GS/VD.L 143-3-2019**

Betrifft: Ihr Schreiben vom 30.9.2019/[REDACTED]

Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Gesetz betreffend die Errichtung eines burgenländischen Landesfonds für die Opfer des Krieges und Faschismus aufgehoben wird; Einleitung des Begutachtungsverfahrens

Sehr geehrte Damen und Herren!

Bezugnehmend auf ihr o.a. Schreiben mit der Bitte um Stellungnahme darf ich Ihnen unsere Stellungnahme übermitteln.

#### **- Bekenntnis des Landes zu den Zielen des Landesfonds**

In der Kuratoriumssitzung vom 11.12.2018 wurde unter dem Tagesordnungspunkt 7 „Umstellung Landesfond auf Förderschiene“ angeführt, dass sich die Mitglieder des Landesfonds geeinigt haben, dass dieser unter gewissen Voraussetzungen, die noch zu schaffen sind, aufgelöst wird. Dabei bestand auch Einigkeit darüber, dass eine Präambel dem Gesetz vorangestellt werde, welche ein Bekenntnis des Landes Burgenland zur weiteren Unterstützung der Opfer des Krieges und Faschismus enthält. Dies ist im vorliegenden Entwurf nicht der Fall - dieses Bekenntnis findet sich erst in den Erläuterungen/Allgemeiner Teil.

#### **- Projektabrechnung**

Im Entwurf der Richtlinie, die wir 2018 erhalten haben, ist die Höhe der Projektförderung pro Projekt mit 2 000,-- Euro begrenzt. Die Abrechnung in einzelnen Projekten bedeutet für uns im Gegensatz zur halbjährlichen Abrechnung u.U. einen vermehrten Verwaltungsaufwand, der ausnahmslos von Personen, die ehrenamtlich tätig sind, gemacht werden wird. Es wird auch keine Angabe zur jährlichen Höchstsumme genannt, für die ein Förderwerber pro Jahr einreichen kann –

theoretisch ist es also möglich eine unbegrenzte Anzahl von Projekten einzureichen, die aber auch abgelehnt werden können.

### **- Öffentlichkeitsarbeit**

Die burgenländische Öffentlichkeit hat nur einmal im Jahr Gelegenheit von der Zusammenarbeit der verschiedenen Opferverbände zu erfahren – bei der jährlichen Gedenkveranstaltung im November vor dem Landhaus in Eisenstadt. Dabei wurde bis dato ein gemeinsamer Kranz im Namen des Landesfonds niedergelegt. Wie soll dies in Hinkunft geschehen – Unter welchem Dachnamen werden die Verbände künftig auftreten oder legt jede Organisation einen Kranz nieder? Dann würde es Platzprobleme geben. Außerdem war dieser Kranz bis dato ein überparteiliches Signal, das nunmehr wegfallen würde.

### **- Fondsvermögen**

In den jeweiligen Sitzungen wurde besprochen, dass das vorhandene Fondsvermögen (zum Teil Rücklagen des Kameradschaftsbundes und der Freiheitskämpfer) weiter den Verbänden zur Verfügung steht. Das Vermögen des ÖVP-Kameradschaftsbundes würde eventuell auf die anderen Verbände aufgeteilt, jenes des Bundes sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen von jenen selbst verwendet.

Im vorgelegten Entwurf wird in §2 angeführt, dass das vorhandene Fondsvermögen dem Land Burgenland zufließt. Dies steht im Widerspruch zu den o.a. Besprechungen.

Auch die im Protokoll der Sitzung vom 11.12.2018/Tagesordnungspunkt 5 erwähnten anteiligen 831,-- Euro müssten die Rücklagen unseres Bundes erhöht haben, ebenso wie die Nichtinanspruchnahme der gesamten vorangeschlagenen Summe für 2018 (das wären insgesamt 3.188,88 Euro um die sich unsere Rücklagen erhöhten. Der Gesamtüberschuss betrug per 24.05.2018 32.654,19 Euro - lt. der Mitgliedermappe der Sitzung vom 11.12.2018).

Als Anmerkung sei darauf hingewiesen, dass im Protokoll der Bund sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschistinnen als „Landesverband Österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus (KZ-Verband)“ bezeichnet wird.

Mit freundlichen Grüßen



Dr.in Susanna Steiger-Moser

Landesvorsitzende des Bundes sozialdemokratischer  
FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus  
und aktiver Antifaschistinnen